

Nord Stream 2: Kommunalpolitiker fordern Inbetriebnahme

Bürgermeister und Verwaltungschefs unterzeichnen die Petition/ Landesregierung steht hinter der Entscheidung des Bundes

Von Anne Ziebarth und Martina Rathke 30./31.7.2022

Sassnitz/Schwerin.

Die Forderungen nach Inbetriebnahme der Erdgaspipeline Nord Stream 2 werden immer nachdrücklicher. Inzwischen haben **24 Bürgermeister und Verwaltungschefs die Petition unterzeichnet**, in der sie den energiepolitischen Kurs der Bundesregierung massiv kritisieren und ein „Umdenken bei der Lösung der aktuellen Probleme in den Beziehungen mit Russland“ fordern, wie Ane Fründt, Leiter des Amtes Mönchgut-Granitz auf der Insel Rügen am Freitag mit. Die Pipeline liegt prall gefüllt mit Erdgas auf dem Grund der Ostsee. Die Berliner Bundesregierung hatte die Zertifizierung im Februar 2022 gestoppt.

Die Landesregierung in Schwerin hält an ihrem Kurs fest. Die Frage einer Inbetriebnahme der Nord Stream 2 stelle sich nicht, so Regierungssprecher Andreas Timm.

Dennoch nehme die Landesregierung die Sorgen der Bürger und Kommunalpolitiker ernst. „Es ist derzeit die wichtigste Aufgabe von Bund und Ländern, eine verlässliche Energieversorgung sicherzustellen.“



Bürgermeister
von Sassnitz,
Frank Kracht

Bürgermeister
von Sellin, Rein-
hard Liedtke

Zunächst hatten sieben Bürgermeister und Verwaltungschefs die Forderung nach einer Inbetriebnahme der Pipeline erhoben. Zu den Unterzeichnern zählen mittlerweile nicht nur Bürgermeister der Insel, sondern auch Bürgermeister der Mecklenburgischen Seenplatte. Damit geben die Kommunalpolitiker die aktuelle Stimmung in ihren Gemeinden wieder. Im Kontakt mit der Bevölkerung, bei Gremiensitzungen oder beim Bäcker seien die Verwaltungsspitzen immer wieder mit dem Unverständnis der Bevölkerung über diese Entscheidung konfrontiert worden, die neue Gaspipeline vor dem Hintergrund des Angriffskriegs Russlands nicht in Betrieb zu nehmen, so der Selliner Bürgermeister Reinhard Liedtke.

Von der in den Medien entbrannten Debatte fühlen sich die Bürgermeister zu Unrecht in eine Kriegstreiber-Ecke gestellt. „Die Unterzeichner haben in ihrem Positionspapier in keiner Weise den Annexionskrieg gebilligt und weisen alle Interpretationen und Unterstellungen diesbezüglich auf das Schärfste zurück“, heißt es in einer Mitteilung am Freitag. In den Ämtern sei man seit Juli dabei, Notfallpläne für eine drohende Gasmangelage zu entwickeln.

„Der soziale Frieden, die Verunsicherung der Bevölkerung und der soziale Wohlstand stehen auf dem Spiel“, schreiben die Kommunalpolitiker. „Immer mehr Bürger machen sich Sorgen um ihre Zukunft, Unternehmen haben Existenzängste und Arbeitsplätze gehen verloren.“

Nord Stream 2: Kommunalpolitiker fordern Inbetriebnahme

24 Bürgermeister und Verwaltungschefs unterzeichnen die Petition / Landesregierung steht hinter der Entscheidung des Bundes

Von Anne Ziebarth und Martina Rathke **OZ 30-31.7.2022**

Sassnitz/Schwerin. Die Forderungen nach Inbetriebnahme der Erdgaspipeline Nord Stream 2 werden immer nachdrücklicher. Inzwischen haben 24 Bürgermeister und Verwaltungschefs die Petition unterzeichnet, in der sie den energiepolitischen Kurs der Bundesregierung massiv kritisieren und ein „Umdenken bei der Lösung der aktuellen Probleme in den Beziehungen mit Russland“ fordern, wie Arne Fründt, Leiter des Amtes Mönchgut-Granitz auf der Insel Rügen am Freitag mit. Die Pipeline liegt prall

gefüllt mit Erdgas auf dem Grund der Ostsee. Die Berliner Bundesregierung hatte die Zertifizierung im Februar 2022 gestoppt.

Die Landesregierung in Schwerin hält an ihrem Kurs fest. Die Frage einer Inbetriebnahme der Nord Stream 2 stelle sich nicht, so Regierungssprecher Andreas Timm. Dennoch nehme die Landesregierung die Sorgen der Bürger und Kommunalpolitiker ernst. „Es ist derzeit die wichtigste Aufgabe von Bund und Ländern, eine verlässliche Energieversorgung sicherzustellen.“

Zunächst hatten sieben Bürgermeister und Verwaltungschefs die Forderung nach einer Inbetrieb-



Bürgermeister von Sassnitz, Frank Kracht



Bürgermeister von Sellin, Reinhard Liedtke

nahme der Pipeline erhoben. Zu den Unterzeichnern zählen mittlerweile nicht nur Bürgermeister der Insel, sondern auch Bürgermeister

der Mecklenburgischen Seenplatte. Damit geben die Kommunalpolitiker die aktuelle Stimmung in ihren Gemeinden wieder. Im Kontakt mit der Bevölkerung, bei Gremiensitzungen oder beim Bäcker seien die Verwaltungsspitzen immer wieder mit dem Unverständnis der Bevölkerung über diese Entscheidung konfrontiert worden, die neue Gaspipeline vor dem Hintergrund des Angriffskriegs Russlands nicht in Betrieb zu nehmen, so der Selliner Bürgermeister Reinhard Liedtke. Von der in den Medien entbrannten Debatte fühlen sich die Bürgermeister zu Unrecht in eine Kriegstreiber-Ecke gestellt. „Die Unterzeichner

haben in ihrem Positionspapier in keiner Weise den Annexionskrieg gebilligt und weisen alle Interpretationen und Unterstellungen diesbezüglich auf das Schärfste zurück“, heißt es in einer Mitteilung am Freitag. In den Ämtern sei man seit Juli dabei, Notfallpläne für eine drohende Gasmangellage zu entwickeln.

„Der soziale Frieden, die Verunsicherung der Bevölkerung und der soziale Wohlstand stehen auf dem Spiel“, schreiben die Kommunalpolitiker. „Immer mehr Bürger machen sich Sorgen um ihre Zukunft, Unternehmen haben Existenzängste und Arbeitsplätze gehen verloren.“